

Israel muss Ausbau der Wasserwirtschaft dringend beschleunigen

27.02.2018

Dürre führt zu akuter Wasserkrise / Neue Kapazitäten für Meerwasserentsalzung erforderlich / Von Wladimir Struminski

Jerusalem (GTAI) - Fünf Dürrejahre in Folge haben die israelische Wasserwirtschaft in eine Krise gestürzt. Ein neuer strategischer Plan sieht daher Dringlichkeitsmaßnahmen vor, um die Wasserversorgung zu gewährleisten. Dabei müssen umfangreiche Investitionen vorgezogen werden. Neben dem Ausbau der Meerwasserentsalzung sind auch zusätzliche Wasserbohrungen vorgesehen. Gleichzeitig werden Verbrauchseinschränkungen unvermeidlich sein.

Israel droht eine Wasserkrise. Schuld daran sind sowohl eine Strähne von inzwischen fünf Dürrejahren als auch die Tatsache, dass sich Regierung und Wasserwirtschaft davon überraschen ließen. Wohl war klar, dass die Wasserwirtschaft angesichts des Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums weiter ausgebaut werden muss. Jetzt schon kann der Wasserbedarf nämlich nur zu rund 40 Prozent aus den natürlichen Wasserressourcen gedeckt werden. Der Rest stammt aus Entsalzung, Wiederverwendung gereinigten Abwassers und Nutzung von Brackwasser.

Die Not kam schneller als gedacht

Allerdings gingen die Planer noch im vergangenen Jahr davon aus, dass sie ausreichend Zeit hätten, um vor allem neue Meerwasserentsalzungsanlagen zu bauen, bevor die Versorgung zu knapp würde. In der niederschlagsarmen Wintersaison 2017/18 wurde jedoch klar, dass der ungedeckte Mehrbedarf beschleunigte Bereitstellung von Wasser verlangt. Zudem herrscht zunehmend die Befürchtung, dass die Dürre angesichts des Klimawandels zur neuen Norm wird, und auch darauf müsste sich Israel einstellen.

Im Januar 2018 legte die israelische Wasserbehörde (Water Authority) einen strategischen Plan zur Sicherung der Wasserversorgung vor. Dieser Plan dient als Grundlage für die Beschlussfassung durch die Regierung. Diese steht unter starkem Zugzwang, droht sich doch die Wasserknappheit schnell im Alltag bemerkbar zu machen. Wie die Wirtschaftszeitung *The Marker* unter Berufung auf Kreise der Wasserwirtschaft berichtete, kann es in bestimmten Landesteilen bereits 2019 zu Unterbrechungen der Wasserversorgung kommen.

Laut dem neuen Plan soll die Bereitstellung weiterer Wassermengen durch neue Wasserbohrungen, bessere Nutzung wiederaufbereiteter Abwässer und neue Meerwasserentsalzungsanlagen erreicht werden. Wohlgemerkt sind neue Wasserbohrungen nicht unproblematisch, da die Grundwasserleiter des Landes durch Überpumpen jetzt schon schwer angegriffen sind. Allerdings stellen sie einen schnellen Weg zur Aufstockung der Wassermengen dar.

Wie durch eine Veröffentlichung in *The Marker* publik wurde, sieht der Plan der Wasserbehörde für die Jahre 2018 und 2019 staatliche Investitionen von umgerechnet 220 Millionen US-Dollar (US\$) in Wasserbohrungen, das Wassertransportnetz sowie die Wiederaufbereitung und Nutzung von Abwässern vor.

Eine wichtige Aufgabe ist der Wassertransport von der Mittelmeerküste, an der die Entsalzungsanlagen stehen, in den Norden. Angesichts der katastrophalen Lage des Sees Genesareth kann auf dessen Ressourcen nicht mehr zurückgegriffen werden. Die Lage des Sees ist ökologisch so prekär, dass der Staat mit der Zufuhr entsalzten Wassers in diesen einstmals ergiebigsten Wasserbestand des Landes beginnen will. Andernfalls drohen dem See irreparable Schäden.

Nachhaltig hilft nur Entsalzung

Auf längere Sicht ist aber Meerwasserentsalzung der einzige Weg, die Wasserversorgung nachhaltig zu sichern. Gegenwärtig sind in Israel fünf große Entsalzungsanlagen tätig, die insgesamt 587 Milliarden Kubikmeter Trinkwasser pro Jahr erzeugen. Im Jahr 2016 entfielen auf sie 25 Prozent des landesweiten Wasserverbrauchs und 52 Prozent des Trinkwasserverbrauchs.

Der akute Wassermangel wird nun zu einer Beschleunigung und Erweiterung der Meerwasserentsalzung führen. In der kurzen Frist lassen sich die Entsalzungsmengen der bestehenden Anlagen, die bisher nicht voll ausgelastet waren, steigern. Mittelfristig muss der Bau neuer Anlagen angekurbelt werden, und zwar mit besonderem Blick auf den Landesnorden. War bisher der Bau einer einzigen Entsalzungsanlage im Nordabschnitt der israelischen Mittelmeerküste mit einer Leistungskapazität von 100 Millionen Kubikmeter pro Jahr fest eingeplant, so gehen israelische Experten angesichts der Krise davon aus, dass auch der Bau weiterer Entsalzungsanlagen im Norden in die Wege geleitet wird.

Wie groß der Bedarf an neuen Entsalzungsanlagen sein wird, zeigt auch ein Blick auf die Bevölkerungsentwicklung. Bis 2040, so die Projektion des Zentralamtes für Statistik, dürfte Israels Einwohnerzahl um rund ein Drittel auf 11,2 Millionen Menschen wachsen. Laut Regierungsplanung sollen in Israel bis dahin 1,5 Millionen neue Wohnungen gebaut werden. Schätzungen zufolge wird allein dies eine Erhöhung der bereitgestellten Wassermenge um rund 500 Millionen Kubikmeter nach sich ziehen. Der Bau der dafür erforderlichen Anlagen würde Investitionen von circa 3 Milliarden bis 4 Milliarden US\$ nach sich ziehen - begleitende Investitionen in den Ausbau des Wassertransportnetzes nicht eingerechnet.

Auf der Verbrauchsseite sieht der Plan Einsparungen im Wasserverbrauch der Haushalte, der öffentlichen Hand und der Landwirtschaft vor. So wird eine Kürzung der Wasserzuteilung für die Landwirtschaft unausweichlich sein.

Landwirtschaft vor Problemen

Technisch gesehen, ist ein massiver Ausbau der Meerwasserentsalzung durchaus machbar. Ökonomisch betrachtet wird die unvermeidliche, zunehmende Umstellung der Wasserversorgung auf entsalztes Wasser jedoch erhebliche Konsequenzen haben. Das gilt vor allem für die Landwirtschaft, für die vom Staat geliefertes Wasser ein wesentlicher Produktionsfaktor ist. Stärkere Abhängigkeit von der Meerwasserentsalzung wird die durchschnittlichen Kosten der Bereitstellung von Wasser deutlich erhöhen. In dem Maße, in dem die Mehrkosten vom Staat an die Landwirtschaft weitergereicht werden, wird die Rentabilität des Agrarsektors leiden.

Jetzt schon wiegen die Wasserkosten schwer in der Bilanz der Landwirtschaftsbetriebe. Allein in den Jahren 2014 bis 2016 - so die jüngsten verfügbaren Daten des Zentralamts für Statistik - nahmen die Wasserpreise für die Landwirtschaft um kumuliert 23,3 Prozent zu. Im Ergebnis zahlte der Agrarsektor 2016 für Wasser insgesamt 24,1 Prozent mehr als drei Jahre zuvor, obwohl die verbrauchte Wassermenge nur um 0,7 Prozent über dem Stand von 2013 lag.

Der Wasserverbrauch der israelischen Haushalte muss in den kommenden Jahren ebenfalls eingeschränkt werden. Zwar liegt der Wasserverbrauch der Haushalte pro Person heute schon niedriger als noch vor einigen Jahren: 90 Liter pro Tag und Person im Jahr 2016 gegenüber 110 Liter 2006.

Den Wasserverbrauch der Haushalte reguliert der Staat nicht mit Hilfe von Wasserzuteilungen - wie es bei der Landwirtschaft der Fall ist -, sondern mit nach Verbrauch pro Person gestaffelten Tarifen und mit Informationsmaßnahmen.

ISRAEL MUSS AUSBAU DER WASSERWIRTSCHAFT DRINGEND BESCHLEUNIGEN

Einschränkungen des Wasserverbrauchs werden von steigender Nachfrage nach wassereffizienten Haushaltsgeräten und wassersparendem Zubehör begleitet.

Wasserverbrauch nach Sektor und Wasserqualität 2016 (Mio. cbm) 1)

Sektor/Wasserqualität	Trinkwasser	Nicht trinkbares Wasser 2)	Insgesamt
Landwirtschaft	485,3	767,5	1.252,8
Andere Sektoren	866,4	66,3	932,7
Wasser für die Natur	24,6	4,5	29,1
Insgesamt	1.376,4	838,3	2.214,7

1) Über den einheimischen Verbrauch hinaus lieferte Israel 79,2 Millionen Kubikmeter Trinkwasser an die Palästinensische Nationalbehörde und 52,0 Millionen Kubikmeter an Jordanien; 2) Salzhaltiges Wasser, Brackwasser, gereinigte Abwässer und Auffangbecken

Quelle: Water Authority

(S.T.)

Mehr zu Israel finden Sie unter <http://www.gtai.de/israel> ▶



Manfred Tilz | © GTAI

KONTAKT

Manfred Tilz

☎ +49 228 24 993 234

✉ [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2019 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.